

Heimat retten!

JA zur Volksinitiative „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“

Von e.Nationalrat Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Aus SD-Sicht formuliert könnte man auch sagen: Ausverkauf der Heimat stoppen! Denn der Initiant, Franz Weber, knüpft dort an, wo unser Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat vor 15 Jahren nicht mehr weitergeführt werden konnte, weil wir - das immerhin ein grosser SD-Erfolg - verhinderten, dass das entsprechende Baueinschränkungs-Gesetz ganz abgeschafft werden konnte. Danach wurde es eher stiller. Aber die masslose Bauerei ging leider weiter.

Wer kennt es nicht. Schönste Täler werden und wurden immer stärker zugebaut in den letzten Jahrzehnten. In Zermatt, St. Moritz, Davos, Montana-Crans, Gstaad, Lugano, Grindelwald, in... wo auch immer in unseren Tourismusregionen, überall versuchten einige Einheimische ans grosse Geld ran zu kommen. Diese Gschäftlimacher liessen bauen, bauen und nochmals bauen. Inzwischen gibt es Ferienorte, wo ganze Feriensiedlungen und Quartiere sind, die während langer Zeit im Jahr jeweils leer stehen. So darf es nicht mehr weitergehen.



So darf es nicht mehr weitergehen!

Tourismus braucht Landschaft,

aber eine möglichst unversehrte Landschaft. Die vielen Touristen bereisen unser Land nicht wegen irgendwelchen Bauten. Sie wollen bei uns Landschaft pur geniessen. **Und die Touristiker werben immer mit schönen Landschaften**, nie aber mit den überbauten Teilen ihrer Ferienregionen. Das sagt eigentlich schon alles. **Wir müssen aufhören mit dieser endlosen Betonorgie!** Das ganze ist ein ökologischer Unsinn. Man baut viel zu grosse Infrastrukturen aus, die effektiv wenig gebraucht werden. Dies kommt die Einheimischen teuer zu stehen. Denn mit den Häusern, die hingestellt werden, ist es nicht getan. Es müssen immer neue Strassen her, Kanalisationen werden gebaut, das Frischwasser muss fliessen, der Strom muss fliessen, der teure Winterdienst muss funktionieren, der Öffentliche Verkehr wird in diese halbleeren Quartiere ausgebaut, und und und. So verschwindet ständig mehr wertvolles Kulturland unter Beton. Und das in Bergregionen, wo das Kulturland sehr knapp ist.

Möglichst unversehrte und unverbaute Landschaften sind das Kapital unseres Tourismus!

Bauerei erhöht Mieten

Wenn der Zweitwohnungsanteil auf 20% begrenzt werden muss, bedeutet das in vielen Regionen unseres Landes, **dass es einen Baustopp gibt. Bestehende Wohnungen müssen aber nicht abgerissen werden, wenn es bereits mehr als 20% Zweitwohnungsanteil hat.** Diese Wohnungen bleiben und sie dürfen auch weiter verkauft werden. Dies betrifft im übrigen nicht nur die touristischen Bergregionen. **Auch die Region Zürichsee oder Genf sind betroffen.** Man bedenke: Die Infrastrukturen müssen weitgehend von der Allgemeinheit mit Steuergeldern bezahlt werden. Denn die steuerlichen Einkünfte aus diesen Zweitwohnungen sind sehr klein. Und die heutigen Standortfaktoren bewirken, dass die **Bodenpreise immer höher** steigen – auch weil das vorhandene Bauland knapper und knapper wird. Es gibt aber auch **ausländische Bonzen, die bereit sind, jeden Preis für eine Zweitwohnung oder Villa zu bezahlen.** Und das wiederum hatte in den letzten Jahren zur Folge, dass die Mieten für Einheimische in die Höhe schnellten.

Einheimische finden in diesen Regionen (z.B. auch im Raum Zürich) kaum mehr Wohnungen zu bezahlbaren Mieten.



Verschandelung pur muss aufhören!

Ausländer bauen

Und nicht zuletzt sei die Frage gestellt: Wer baut denn diese Häuser? Was sind das für Arbeitsplätze? **Da werden Ausländer als Bauarbeiter angeschleppt.** Und man stellt auch hier fest, was in den letzten Jahren wegen des unseligen EU-Freizügigkeitsabkommens gang und gäbe wurde: Viele kommen zu Dumpinglöhnen zu uns arbeiten. Manche nehmen Tag für Tag den Weg über die Landesgrenze unter die Räder. Andere wiederum hausen in schäbigen Baracken, wo sie wie Sklaven gehalten werden. **Hauptsache der Profit für die Baumeister stimmt.** Verkürzt könnte man auch feststellen: Ausländer bauen für reiche Ausländer!

Das einheimische Gewerbe macht dabei fast durchwegs Zweite. Die kommen immer seltener zum Zug. Ausländer beherrschen den Markt!

SVP will Heimat verbauen

Einmal mehr hat die SVP wieder ihr grosskapitalistisches, ihr wahres Gesicht gezeigt. Sie lehnt die Volksinitiative ab. **Klar, die SVP-Baumeister und -Firmen wollen weiter viel Geld verdienen.** Das, also die Wirtschaft pur, hat für die SVP Vorrang. Da haben dann Begriffe wie Ausverkauf der Heimat, Schutz des Kulturlandes, Heimat retten, usw. keinen Platz mehr. So wird dann die SVP sehr schnell zur Wirtschaftspartei. Wir erinnern uns nur zugut, dass diese Partei schon vor Jahren gegen unsere entsprechenden Referenden und gegen unsere Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat stimmte. Die SVP zeigt damit einmal mehr, dass all die Floskeln, wonach sie unsere Heimat liebe, für sie nur leere Worthüllen sind, mit denen man billigen

Wahlkampf macht. Diese Partei täuscht ihre Wählerinnen und Wähler und gehört am 11. März mit einem kräftigen JA zur Volksinitiative abgestraft! **Und der SVP sei ins Stammbuch geschrieben: Wer für die unsägliche Weiterbauerei von Zweitwohnungen stimmt, ist auch dafür, dass noch mehr Ausländer ins Land kommen. Seien es die ausländischen Bauarbeiter oder seien es die Superreichen, welche uns die schönsten Orte vor der Nase wegkaufen!**

Die SVP tritt mit ihrer Politik für noch mehr Ausländer ein.

Grünliberaler Etikettenschwindel

Was ist doch schon wieder diese Partei? Grün? Wir fragen uns, wie eine Partei, welche in ihrem Namen den Begriff „grün“ mit sich trägt, im Komitee gegen diese Initiative die Leitungsfunktion inne haben kann. **Da diese GLP jetzt also für die weitere Zubetonierung schönster Bergregionen stimmt, zeigt sie sich sehr unökologisch.** Wie lange werden das ihre Wählenden noch mitmachen?

Aufruf zum JA stimmen

Wir stimmen über eine Ergänzung von Art. 74 unserer Bundesverfassung ab. Das heisst, dass darin nur die Grundsätze festgelegt sind. **Als politisch denkende Menschen wissen wir, dass in einer zweiten Phase noch die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden müssen.** Darin werden diese Verfassungsvorgaben weiter ausgedeutet. Es gibt – wie in jedem Gesetz – Ausnahmen, Ergänzungen, detaillierte Beschreibungen und Festlegungen darüber, wie der Verfassungsgrundsatz im Detail anzuwenden ist. Wer unsere Baulobby und EconomieSuisse kennt, weiss, dass die alles dafür tun werden, um auf der gesetzlichen Ebene den Verfassungsartikel noch etwas aufzuweichen. Niemand braucht deshalb Angst zu haben, dass diese Volksinitiative nur schwer anwendbar wäre.

Legen wir also bedenkenlos ein JA zur Volksinitiative „Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen“ in die Urnen. Und werben wir noch bei unseren Bekannten für dieses JA!